

STEINMEIER: ENTTÄUSCHT ÜBER DIE LAGE IN ALEPPO

Anfang der Woche hat der Außenminister Frank-Walter Steinmeier in Telefonaten mit dem US-Außenminister John Kerry und seinem russischen Kollegen Sergej Lawrow über die schwere Lage in Aleppo gesprochen. In beiden Gesprächen verließ Steinmeier seiner Enttäuschung über die humanitäre Lage in Aleppo Ausdruck. Aus dem Auswärtigen Amt hieß es, dass während der dreitägigen Feuerpause es weder gelungen sei, die humanitären Hilfsgüter in die Stadt zu transportieren, noch die Verletzten aus der Stadt zu evakuieren.

Am Samstag hat Russland die einseitig ausgerufenen Waffenpause in Aleppo, die gleichzeitig eine „humanitäre Pause“ sein sollte, für beendet erklärt. Insgesamt haben die syrische Armee und Russland die Luftangriffe in Ost-Aleppo seit Donnerstag für drei Tage eingestellt. Das Ziel der Feuerpause – die Zivilisten aus Ost-Aleppo zu transportieren – wurde jedoch nicht erreicht. Laut dem russischen Außenminister Sergej Lawrow haben die bewaffnete Gruppen trotz der Feuerpause auf Zivilisten geschossen. Dafür macht Russland die Arbeit der UNO-Mitglieder verantwortlich. „Uns enttäuscht die Unfähigkeit der UNO-Mitglieder, jene Pläne umzusetzen, die sie uns gegenüber angekündigt hatten,“ so der russische Vizeaußenminister Gennadi Gatilow. Laut Gatilow sei die erneute Feuerpause nur dann möglich, wenn die UNO und die Opposition dafür stärker einsetzen.

Darüber hinaus haben am Montag angesichts der Lage in Syrien die Außenminister Russlands und der USA, Sergej Lawrow und John Kerry, telefoniert. Bei dem Gespräch wies der russische Außenminister darauf hin, dass die USA ihr Versprechen zur Abgrenzung der modernen Opposition und der Terroristen einlösen müsse. Beide Seiten haben betont, sich weiter um ein Ende der Krise in Aleppo bemühen zu wollen.

KOMMENTAR

»Steinmeier for President!«

Von Heino Wiese

Es ist gut, dass Sigmar Gabriel den Kungelkonsens mit Kanzlerin Merkel und CSU-Chef Seehofer aufgehoben hat, und das Thema durch seine Empfehlung für Steinmeier in die öffentliche Diskussion gebracht hat. Auch in der Union gibt es sehr viele, die Frank-Walter Steinmeier für den besten Kandidaten halten, weil er professionell, absolut integer und international angesehen ist. EU-Kommissar Günther Oettinger hat sich in der vergangenen Woche in vertrauter Runde für Steinmeier ausgesprochen. Wegen seiner Qualitäten sei Steinmeier der richtige Kandidat, aber auch, weil man eine rein rotrotgrüne Kandidatin à la Käßmann (die ja inzwischen abgewunken hat) verhindern müsse. Und einen Amateur in die Position zu holen, nur, weil die Union keine geeigneten, mehrheitsfähigen Kandidatinnen hat, wäre auch fahrlässig.

Disqualifiziert hat sich einmal mehr Herr Riexinger, der durch seine spontane Absage des Vorschlags gezeigt hat, dass eine rotrotgrüne Koalition mit ihm nicht möglich ist. Wer sich in einer solchen Personalfrage nicht kompromissbereit zeigt, ist auch bei Koalitionsgesprächen nicht zu Kompromissen fähig. Mit einem Vorsitzenden Riexinger bleibt die Linke in der Opposition verhaftet und eine linke Option für die Bundesregierung rückt in weite Ferne.

BUNTES AUS BERLIN

PINA BAUSCH UND DAS TANZTHEATER

Vom 16. September bis 9. November widmet die Bundeskunsthalle im Martin-Gropius-Bau der Tänzerin, Pina Bausch, im Martin-Gropius-Bau Berlin erstmalig eine Ausstellung. Pina Bausch (1940-2009) gilt als Pionierin des modernen Tanztheaters und eine der renommiertesten Choreografinnen des letzten Jahrhunderts.

Die Ausstellung macht die Arbeit Pina Bauschs anschaulich erfahrbar. Dabei stehen nicht nur ihre Choreografien, sondern insbesondere ihre Arbeitsweise, die Grundlagen und wesentlichen Aspekte ihres Schaffens sowie die Menschen, die sie hierbei unterstützt und begleitet haben, im Fokus. Im Zentrum der Ausstellung steht

ein Nachbau der Lichtburg - dem Proberaum Pina Bauschs in einem alten Kino in Wuppertal. Dort entwickelte die Choreografin gemeinsam mit ihrem Team ihre Stücke.

Im Rahmen der Ausstellung werden Workshops, Führungen, Filmvorstellungen und Performances stattfinden, ebenfalls ist ein Jazzfest am 1. November in die Veranstaltung eingebettet. Um das Erbe von Bausch weiterzutragen, werden besonders junge Akteure in der Lichtburg eingebunden.

Der Eintritt kostet 10€, zu Programmteilen wird eine Voranmeldung sowohl für Einzelpersonen, als auch für Gruppenbesuche empfohlen.

IMPRESSUM

Herausgeber: WIESE CONSULT GmbH
Heino Wiese, Behrenstraße 73 · 10117 Berlin
Telefon 030.8105888-0 · Fax 030.8105888-29
redaktion@hauptstadt-insider.de ·
www.wiese-consult.com
Handelsregister: Amtsgericht Berlin, HRB 112951 B
USt-Id.Nr.: DE259602002
Chefredaktion: Heino Wiese (V.i.S.d.P.)

Anzeigenleitung und Abonnement:
Alice Greschko, Evgenia Laznik
Telefon 030.810588811
Auflage: 3.000 gedruckte Exemplare
Druck u. Verlag: Mail Boxes Etc. - Versand- u. Büro-
service Schneider e.K., Reinhardtstr. 27b, 10117 Berlin
Satz, Layout: Alice Greschko, Wiese Consult
erscheint seit März 2007
Fotos: dpa und Archiv <http://wiese-consult.com/hauptstadt-insider/informationen/>



INSIDER

CETA IST EIN DEBAKEL - ES BRAUCHT EINEN NEU-START IN DER HANDELSPOLITIK!



Von Katharina Dröge MdB (Die Grünen, Bündnis 90), Obfrau im Ausschuss für Wirtschaft und Energie für die Bundestagsfraktion; Foto: Johanna Fecke

CETA ist ein gefährliches Abkommen. Es steht für eine Politik, die hart erkämpfte Standards bedroht und Konzernen Klageprivilegien schenkt. Mit Schiedsgerichten würde CETA die kommunale Daseinsvorsorge gefährden und das Vorsorgeprinzip schwächen.

Statt sich ernsthaft mit dieser Kritik auseinander zu setzen, hat der Rat auf Auslegungserklärungen gesetzt, die keine Zeile

des Vertrages ändern, sondern reine Placebos für eine kritische Öffentlichkeit darstellen sollten. Was wir dann in den letzten Tagen bei CETA erlebt haben, war eine Bankrotterklärung der europäischen Handelspolitik. Rat und Kommission haben Kritik an den Inhalten des CETA-Abkommens immer wieder ignoriert. Ob und in welcher Form CETA nun kommen wird, ist noch immer nicht klar. Die Entscheidungsträger in Brüssel und in den nationalen Regierungen müssen aus diesem Debakel nun die richtigen Lehren ziehen: Erstens, politische Einigung braucht Zeit. Zweitens, der Versuch, Handelsabkommen weit über den Bereich der klassischen Handelspolitik auszudehnen, und Verbraucherschutzfragen und Fragen der kommunalen Daseinsvorsorge mit in den Fokus der Liberalisierung zu nehmen, ist gescheitert.

Der Rat sollte jetzt endlich einen Schlussstrich unter die verzweifelten Rettungsversuche für das gefährliche CETA-Abkommen ziehen. Stattdessen braucht es jetzt, dringender denn je, einen kompletten Neustart sowohl für CETA als auch für die europäische Handelspolitik.

FRIEDEN, FAIRE LÖHNE, EHRENAMT - DAS WOHLBEFINDEN DER DEUTSCHEN

Was bedeutet es in Deutschland gut zu leben? Die Bundesregierung ist dieser Frage nachgegangen und hat den 300 Seiten starken Bericht "Gut leben in Deutschland" veröffentlicht.

Was den Deutschen demnach am wichtigsten erscheint, sind Frieden und Sicherheit. Nicht nur Angst vor kriegerischen Auseinandersetzungen und islamistischen Terroranschlägen beunruhigen die Deutschen, sondern auch die Furcht vor Rechtsextremismus. Im weiteren Sinne haben die Wissenschaftler in diesem abstrakten Bereich erfasst, dass sich die Deutschen auch Wohlstand und Frieden in anderen Ländern wünschen, um die eigene Sicherheit zu gewährleisten.

Die zweite - viel konkretere - Erkenntnis ist, dass gerechter Lohn für das Wohlbefinden entscheidend ist. Arbeitnehmer wollen ein verlässliches Einkommen, folglich auch

langfristige Verträge. Minijobs und befristete Beschäftigungsverhältnisse befriedigen weniger.

Als dritte Erkenntnis kristallisierte sich eine freiheitsliebende Tendenz heraus: Sie möchten ihr Leben selbstbestimmt führen und ihre Meinung frei äußern können. Widersprüche ergeben sich allerdings in Bezug auf Diskriminierung und Rassismus. Während Diskriminierung in Bezug auf Geschlecht, sexuelle Orientierung und Herkunft insgesamt abnimmt, bleiben rassistische Einstellungen unverändert bestehen. Allerdings fanden die Forscher heraus, dass es eine Korrelation zwischen Toleranz und Glück gibt.

Entgegen der verbreiteten Einschätzung, dass die Deutschen besorgt und unglücklich seien, erreichen sie die höchsten "Glückswerte" seit 2001. Unterdurchschnittlich lebt es sich jedoch in Berlin.

TIME TO SAY GOODBYE - OBAMA IN BERLIN

Während der Präsidentschaftswahlkampf in den USA in vollen Gängen ist, plant das scheidende Staatsoberhaupt Barack Obama seinen Abschied von den politischen Partnern.

Am 17. und 18. November wird Obama überraschend auch Deutschland besuchen. Obama wird davor in Athen sein. In der Nähe ist ein militärisch wichtiger Stützpunkt der US-Truppen. Ziel seines letzten Besuchs im April war die Hannover Messe.

Für kommenden Monaten ist ein Gipfel mit Angela Merkel, Theresa May, François Hollande und Matteo Renzi geplant. Aktuelle Themen wie TTIP, der Ukrainekonflikt und Syrien werden dabei auf dem Programm stehen.

Das Treffen wird allerdings von begrenzter Bedeutung sein. Nach den Präsidentschaftswahlen am 8. November sind Konsultationen mit Obamas Nachfolger für wesentliche Entscheidungen notwendig.

BELGIEN EINIGT SICH IM CETA-STREIT

Die letzte Bastion der CETA-Opposition ist gefallen. Das Regionalparlament von Wallonien hatte sich bis zuletzt gegen die Unterzeichnung des Freihandelsabkommens zwischen Kanada und der EU gewehrt.

Während in Deutschland die Gründe dafür primär in der schwerfälligen Struktur der EU sowie in dem starken Einfluss der Kommission gesucht wurden, ordneten lokale belgische Medien das wallonische Verhalten als Resultat innenpolitischer Querelen ein.

Allerdings heißt dies nicht, dass CETA sofort in Kraft treten kann. Zuvor müssen alle 40 regionalen und nationalen Parlamente dem Abkommen zustimmen - Wallonien darf also noch einmal abstimmen.

Der ehemalige belgische Premierminister und Vorsitzender der Fraktion der Allianz

der Liberalen und Demokraten für Europa im Europaparlament Guy Verhofstadt mahnte nach den politischen Turbulenzen in seiner Heimat, dass das gegenwärtige System, um die Handelskompetenzen der EU zu bestimmen, ineffektiv und zu langwierig sei.

Entgegen der bürgerlichen und politischen Opposition gegen CETA - jedoch auch gegen das EU-USA-Abkommen TTIP - positioniert sich Verhofstadt für eine Ausweitung der EU-Befugnisse bei Handelsfragen.

Sowohl Neo-Nationalisten und Ultrademokraten, die auf direkte Demokratie auch bei EU-Belangen pochen, werden bis zur Abstimmung der jeweiligen Landesparlamente weitere Stimmungen gegen die Freihandelsabkommen. Ihrer Ansicht nach ist die EU technokratisch geführt.

NACHGERECHNET: KALTE PROGRESSION IST HÖHER ALS BISHER ANGENOMMEN

Das Ifo-Institut hat ganz genau hingeschaut: die Mehrbelastung auf Steuerzahler durch kalte Progression ist höher als bisher angenommen. Die Studie wurde von den FDP-Landesfraktionen in Auftrag gegeben.

FDP-Chef Lindner warnt davor, dass die Mittelschicht ausblute und möchte bei der kommenden Bundestagswahl Steuerpolitik zum Wahlkampfthema machen. Dabei kritisierte er die Union scharf - in Bezug auf ihre Steuerpolitik sei so vertrauenswürdig wie ein Handtaschendieb.

Maßnahmen, um die kalte Progression zu unterbinden, wie die Erhöhung der Freibeträge und die Erhöhung des Kindergeldes, hätten den Effekt nicht gemildert, sagt Ifo-Präsident Clemens Fuest.

Zudem betonte der Volkswirt, dass nicht nur auf die gestiegenen Preise, sondern ebenfalls auf die höheren Reallöhne geachtet werden muss. Wer nämlich mehr verdient, spürt die Steuerlast umso stärker. Der Spitzensteuersatz greife mittlerweile nicht nur bei Top-Verdienern, sondern auch bei der Mittelschicht, betont die FDP.

Gugl-Hupf 

SNOWDEN ZU DATENSICHERHEIT: ANGRIFF IST MOMENTAN LEICHTER ALS SCHUTZ

Bei einer Live-Schaltete zu Edward Snowden im Rahmen einer Veranstaltung der Süddeutschen Zeitung sowie dem Global Editors Network richtete sich der NSA-Whistleblower an internationale Journalisten: das "goldene Zeitalter" der Überwachung würde Journalisten besonders treffen. Ihre Quellen und sensible Informationen seien mittlerweile schwer zu schützen.

Um die Privatsphäre zu schützen, forderte Snowden die Journalisten auf, den Kampf auf den Titelseiten auszutragen. Datenschutz sei eine Frage politischer Entscheidungen

und nicht technischer Möglichkeiten. Besondere Gefahr sieht Snowden dabei, dass Informanten aus Angst beginnen Missstände zu verschweigen und öffentlichen Druck auszuüben. Um eben diesen Druck zu schaffen, befürwortete er die verantwortungsvolle Veröffentlichung sensibler Information in den Medien.

Ferner kritisiert der Amerikaner, der sich im russischen Asyl aufhält, dass das BND-Gesetz, welches vergangene Woche auf den Weg gebracht wurde, lediglich jene Praktiken legalisieren würde, die sowieso seit langer Zeit angewandt werden.

PERSONALIEN

GRIMMER KOMMUNIZIERT FÜR DIE FDP-FRAKTION HAMBURG

Christoph Grimmer (31) ist seit dem 1. Oktober stellvertretender Pressesprecher der FDP-Bürgerschaftsfraktion in Hamburg sowie persönlicher Referent der Fraktionsvorsitzenden Katja Suding. Er folgt auf Stefan Thurmann, der nun Pressesprecher im Ministerium für Bildung des Landes Sachsen-Anhalt ist. Grimmer berichtet an Katja Suding und an Sven Haller, dGeschäftsführer der FDP-Bürgerschaftsfraktion in Hamburg.

LOCHAU IST VORSITZENDER DES BVZD

Frank Lochau (35) ist am 10. Oktober zum Vorstandsvorsitzenden des neu gegründeten Bundesverbands Zivile Drohnen (BVZD) gewählt worden. Martin Maslaton und Florian König wurden zu seinen Stellvertretern gewählt. Der BVZD wurde gegründet, um den Dialog zwischen der Drohnenindustrie mit Politik und Gesellschaft fördern.

LIFE SCIENCES & PHARMA CONGRESS DER BRITISH CHAMBER OF COMMERCE

Kongress der British Chamber of Commerce in Germany zum Thema „Nach dem Brexit: Nichts für schwache Nerven - Die Zukunft der Pharmaindustrie in Europa“, u.a. mit der Parlamentarischen Staatssekretärin im Bundesgesundheitsministerium Annette Widmann-Mauz, dem britischen Botschafter S.E. Sir Sebastian Wood und dem geschäftsführenden Direktor des Instituts für Medizinmanagement und Gesundheitswissenschaften an der Universität Bayreuth Prof. Die Veranstaltung findet im Eckhard Nagel Hotel Adlon Kempinski, Unter den Linden 77, 10117 Berlin. 16. November, Beginn: 09:00 Uhr (kostenpflichtig).

WORTE DER WOCHE

»Innerhalb der vergangenen sieben Tage sind alle Flüge der russischen und syrischen Luftstreitkräfte völlig eingestellt worden. Die Flugzeuge nähern sich der Stadt nicht und führen keine Schläge aus.«

Der Sprecher des russischen Verteidigungsministerium Igor Konaschenkow.

»Es entsteht der Eindruck, dass Europa mit den Versuchen beginnt, den US-Einfluss einzuschränken und eine Außenpolitik zu betreiben, die seinen eigenen Interessen mehr entspreche. Ob das gelingt, ist eine große Frage. Südeuropäische Länder, die diesem Streben zustimmen, sind keine Entscheidungsträger. Die baltischen Republiken und Polen wehren sich unterdessen aktiv gegen einen solchen Wandel.«

Der italienische Journalist und Politiker Giulietto Chiesa.

»Aus ihren Äußerungen im Wahlkampf und aus ihrer Zeit als Außenministerin kann man schließen, dass Hillary Clinton ein größeres Gewicht als Präsident Obama auf die Führungsstärke der USA und den Einsatz militärischer Mittel in der Welt legen wird.«

Richard Haass, Präsident des Council on Foreign Relations, im Interview mit "Handelsblatt".

»Ich halte Gabriels Idee für sehr überlegenswert und gut.«

Günther Oettinger, EU-Kommissar, stützt den Vorschlag von Vizekanzler Sigmar Gabriel, die EU-Regeln für Unternehmenskäufe durch ausländische Investoren zu verschärfen.

»Nichts in Europa ist selbstverständlich- weder gute Nachbarschaft, noch Reisefreiheit, noch Studienaufenthalte in den Nachbarländern. All das ist zustande gekommen, weil sich Generationen vor uns darum bemüht haben.«

Außenminister Frank-Walter Steinmeier im Interview mit der Märkischen Allgemeinen.

»Habt ihr die Debatte gesehen und die Art, wie sie sprachen, sich beschuldigten und sich gegenseitig verspotteten? Wollen wir solch eine Demokratie, solch eine Wahl in unserem Land?«

Hassan Ruhani, iranischer Präsident, zum US-Präsidentenwahlkampf.

»Eines ist klar: Wenn der Verfall des Pfunds weitergeht, wird die britische Regierung ihren Kurs nicht halten können. Die Bewegung an den Märkten wird die britische Politik beeinflussen.«

Clemens Fuest, Chef des Ifo Instituts.

»Da müsste schon der Himmel über Bayern einstürzen, dass man einen anderen Weg geht.«

CSU-Chef Horst Seehofer will bis zum Jahr 2018 Ministerpräsident in Bayern bleiben.

TERMINE

31.10. BERLINER WIRTSCHAFTSGESPRÄCHE ZU DEN BALTISCHEN LÄNDERN

Gesprächsveranstaltung der Berliner Wirtschaftsgespräche zum Thema „Baltische Länder: gemeinsam und doch verschieden“ Estnische Botschaft, Hildebrandstraße 5, 10785 Berlin (kostenpflichtig)

2.11. BÖLL-STIFTUNG ZUR LAGE DER ATOMINDUSTRIE

Vortragsveranstaltung der Heinrich-Böll-Stiftung zum Thema „Gestresst und gespalten: Die Lage der Atomindustrie weltweit“ und Vorstellung des World Nuclear Industry Status Report, u.a. mit dem Autor des Berichts Mycle Schneider, der Vorsitzenden der Fraktion Die Grünen/Europäische Freie Allianz im Europäischen Parlament Rebecca Harms und der Energieökonomin am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung Prof. Claudia Kemfert Heinrich-Böll-Stiftung, Schumannstraße 8, 10117 Berlin (Anmeldung erforderlich)

3.11. DIW ZUR WIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Lunchveranstaltung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) zum Thema „Vorstellung des Jahrgutachtens 2016/2017 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung“, u.a. mit dem Präsidenten des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung Prof. Christoph M. Schmidt Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Mohrenstraße 58, 10117 Berlin (Anmeldung erforderlich)